

## NACHRICHTEN

## Europa vom Atlantik bis zum Ural



Regierungsrat Ernst Walch vertritt Liechtenstein an der Session des Ministerkomitees des Europarats.

VADUZ – Vom 5. bis 6. November fand in Chisinau, der Hauptstadt Moldawiens, die 113. Session des Ministerkomitees des Europarats statt. «Der Europarat wird weiterhin diejenige europäische Organisation sein, die für die Einhaltung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa zuständig ist.» Mit diesen Worten würdigte Regierungsrat Ernst Walch die besondere Bedeutung des Europarats, die dieser auch nach Annahme des Verfassungsentwurfs der Europäischen Union und nach der bevorstehenden EU-Erweiterung im Frühjahr 2004 innehaben wird.

Weiters würdigte Regierungsrat Ernst Walch die historische Bedeutung des in einer europäischen Verfassung mündenden Prozesses der europäischen Integration als eine der institutionell bedeutendsten Errungenschaften in Europa. Mit seinen Ministerkollegen und -kollegen erörterte Aussenminister Ernst Walch das künftige Verhältnis zwischen dem Europarat und den anderen europäischen Organisationen, insbesondere mit der Europäischen Union, sowie die Aussichten eines Dritten Gipfeltreffens des Europarates, welches auf Einladung der Regierung Polens während der polnischen Präsidentschaft im Ministerkomitee des Europarates im Frühjahr 2004 in Warschau stattfinden soll.

Die am Rande der 113. Ministersession geführten Gespräche von Regierungsrat Ernst Walch mit den Ministerkollegen von Norwegen und Island führten zum Erfolg, dass das EWR-Erweiterungsabkommen von den Ministern am 11. November 2003 in Vaduz unterzeichnet wird.

Vor der Abreise besuchte Regierungsrat Ernst Walch ein Gemeinschaftszentrum für Kinder und Jugendliche in Chisinau, das von der Regierung im Jahr 2002 mit einem Beitrag von rund Euro 25 000 unterstützt wurde. Das Gemeinschaftszentrum ist ein Pilotprojekt zur Integration von körperlich behinderten Kindern und Jugendlichen. Dieses Sozialprojekt soll den Lebensstandard dieser in Moldawien besonders ausgegrenzten Gesellschaftsgruppe verbessern, nachdem diese meist völlig isoliert sind und auch keine Ausbildungsmöglichkeiten haben. (paf)

## 125 JAHRE VOLKSBLATT

## Ereignisse der letzten 125 Jahre

## 1. OFFIZIELLER STAATSBESUCH

VADUZ, 11. Dezember 1974 – Wie die Presse und Informationsstelle der Regierung gestern mitteilte, wird der österreichische Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, am Dienstag den 7. und am Mittwoch, den 8. Januar 1975, auf Einladung des Fürstlichen Regierungschefs zu einem offiziellen Staatsbesuch in Liechtenstein weilen. Dr. Bruno Kreisky ist damit der erste, ausländische Regierungschef, der unserem Lande einen offiziellen Staatsbesuch abstattet. Der offizielle Staatsbesuch des Regierungschefs unseres österreichischen Nachbarlandes stellt eine Ehre für Liechtenstein und einen Markstein in den traditionell guten und alten Beziehungen zwischen den beiden Ländern dar.

Montag: Riesenüberraschung

## Mut zur Zukunft – Mut zur Sachlichkeit

«Mein Standpunkt»: Regierungschef Otmar Hasler zur aktuellen Politik

Die Glaubwürdigkeit der Politik hängt wesentlich davon ab, wie stark es ihr gelingt, die richtigen Fragen zu stellen, die notwendigen Lösungen für das Weiterkommen des Staates und seiner Bevölkerung zu erarbeiten. Das Bemühen um Lösungen und nicht Polemik, Effekthascherei und persönliche Verunglimpfungen müssen im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung stehen, ansonsten werden sich die Menschen von der Politik abwenden.

Wir stehen in einer Zeit des Umbruchs. Die wirtschaftliche Situation fordert neue Lösungen, der Staat muss reformiert werden, den Bürgerinnen und Bürgern muss der notwendige Freiraum zur Wahrnehmung von Verantwortung eingeräumt werden.

Will der Staat seine soziale Verantwortung auch in Zukunft wahrnehmen können, wird die Politik der letzten Jahrzehnte nicht einfach fortgeschrieben werden können. Deshalb müssen die Beiträge des Staates dort gekürzt bzw. gestrichen werden, wo sie direkt in den Bereich der Eigenverantwortung eingreifen. Im Gegenzug muss der Staat seine Sozialbeiträge gezielter für familienpolitische Belange und für die sozial Schwächeren einsetzen. Das ist verantwortungsbewusste Sozialpolitik und nicht Besitzstandswahrung um jeden Preis.

## 12 Mio. Mehrausgaben im Sozial- und Berufsbildungsbereich

Die Streichung der Nichtbetriebsunfallversicherung erfüllt diese Vorgaben: Es ist nicht richtig, dass der Staat an die Unfallversicherung, die für die Zeit ausserhalb der Arbeitstätigkeit abgeschlossen wird, ein Drittel des Beitrages bezahlt und das unabhängig von der Einkommenshöhe. Die je nach Einkommenshöhe resultierende Mehrbelastung für 2004 in Höhe von 5–10 Franken im Monat muss der Versicherte selbst tragen. Im Gegenzug wurden in den letzten Jahren die Sozialleistungen des Staates stark ausgebaut. Genannt seien die Prämienbefreiung der Kinder im Krankenversicherungsbereich, die Einführung von Mietbeihilfen, die Erhöhung des Kindergeldes, die verstärkte Unterstützung von Kinderhorten.

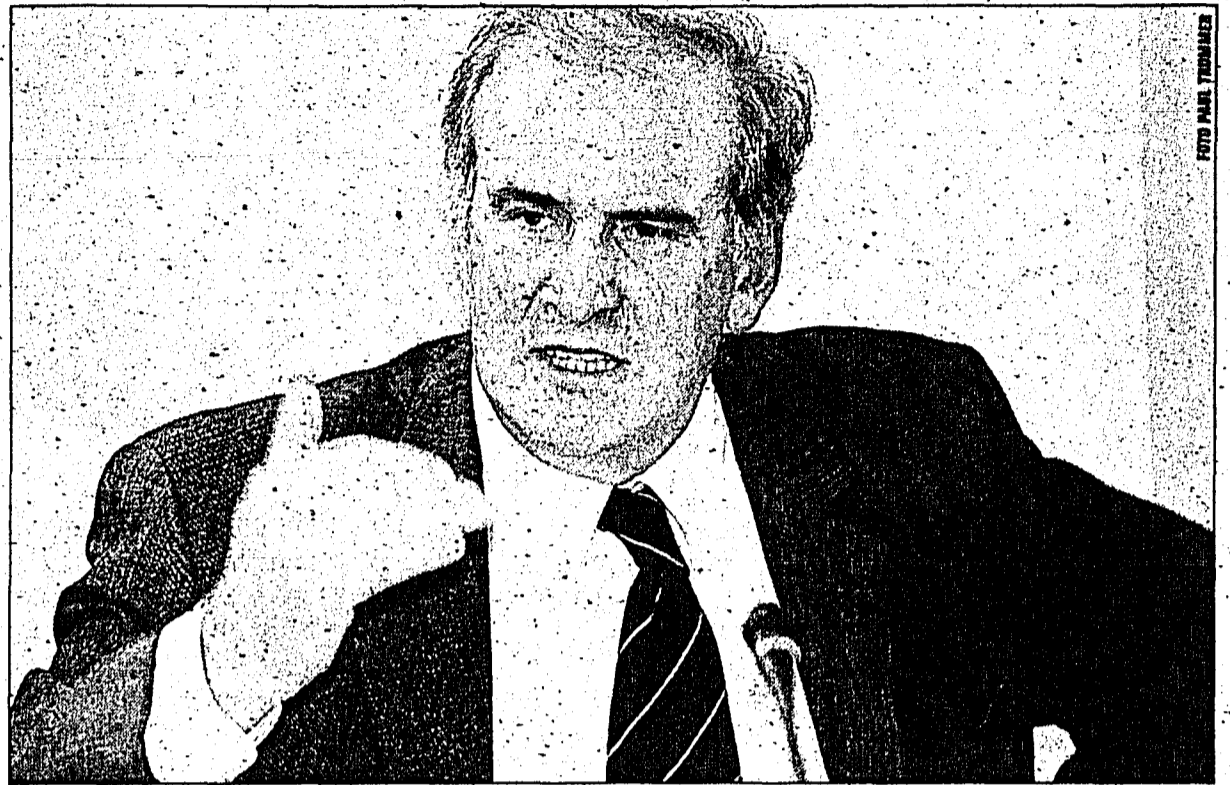
Es ist deshalb unverantwortlich, von schleichendem Sozialabbau zu sprechen. Hier wird den Menschen vorgegaukelt, dass der Staat für alles und jedes aufkommen kann. Eiserne Besitzstandswahrung führt zur Unfinanzierbarkeit des Systems. Die Regierung legt ein Budget vor, das im Sozial- und Berufsbildungsbereich eine Steigerung von 12 Mio. Franken vorsieht, das sind 8% mehr als im Vorjahr. Schlagzeilen gegen-teiliger Art können diese Tatsache nicht einfach wegschreiben.

## Mehrausgaben in Zukunftsbereichen

Das neue Stipendienrecht wird die Berufsbildung vermehrt fördern. Junge Menschen sollen die Chance haben, sich beruflich sehr gut zu qualifizieren und dabei auf Förderungsmittel des Staates zurückgreifen zu können. Aber auch hier sieht die Regierung vor, finanzielle Mittel vermehrt als Vorfinanzierung einer Aus- und Weiterbildung einzusetzen, die später zurückbezahlt wird.

## Für die Souveränität des Staates eintreten

Im Jahr 2006 feiert das Fürstentum Liechtenstein 200 Jahre Sou-



«Mut zur Zukunft heisst auch Mut zur Sachlichkeit»: Regierungschef Otmar Hasler zum aktuellen politischen Klima in Liechtenstein.

veränität. Wenn nun die Regierung in den letzten Wochen von Staaten des künftigen Europäischen Wirtschaftsraumes die Anerkennung der Tatsache, dass Liechtenstein ein seit langem bestehender souveräner Staat ist, der in beiden Weltkriegen neutral war, gefordert hat, so hat sie das im Interesse des Staates Liechtenstein getan. Die Gegenerklärung von Tschechien und der Slowakei können an der historischen Tatsache der Selbständigkeit des Fürstentums Liechtensteins nichts ändern. Jede Regierung hätte wohl für ihr Land die Anerkennung einer solchen Tatsache eingefordert!

Liechtenstein hat dieses Thema auf die europäische Tagesordnung gebracht; unsere EWR-EFTA-Partner Norwegen und Island haben in Absprache mit der EU Vermittlungsgespräche geführt. Wenn es auch noch zu keiner Veränderung der Position der Tschechei und der Slowakei gekommen ist, so hat die Regierung alles getan, was möglich war, um die integrale Anerkennung der Souveränität unseres Landes zu erreichen. Mit der gemeinsamen Unterzeichnung des EWR-Erweiterungsabkommens gibt Liechtenstein ein starkes integrationspolitisches Zeichen. Die liechtensteinische Regierung begrüsst die Erweiterung des Europäischen Wirtschaftsraumes. Ein funktionierender Wirtschaftsraum ist auch im Interesse Liechtensteins.

## Kein Poker und keine Sprüche

Liechtenstein hat mit offenen Karten gespielt, der Vorwurf des Pokerns ist nicht angebracht. Schon gar nicht ging es um grosse Sprüche, sondern um das Selbstverständnis eines Staates. Die Frage des Selbstverständnisses müssen sich diejenigen stellen, die der Regierung vorwerfen, dass sie für die umfassende Anerkennung der Souveränität des Fürstentums Liechtenstein eingetreten ist.

## Negativschlagzeilen ersetzen zukunftsgerichtete Politik nicht

Negativschlagzeilen über das wirtschaftliche Umfeld und die Kritik an der Regierung, die scheinbar für alles verantwortlich ist, auch für Fehlansätze, wie sie in Zeiten der Hochkonjunktur gesetzt wurden, ersetzt nicht die Verantwortung für eine zukunftsgerichtete Politik.

## Wirtschaftsstandort: Langfristig angelegte Politik

Die Regierung hat langfristige

Projekte in Angriff genommen, um im Sinne einer nachhaltigen Politik den Wirtschaftsstandort Liechtenstein zu sichern und qualitativ auszubauen. Das Leitbild für den Wirtschaftsstandort wird den Rahmen für die zukünftige Politik vorgeben, der Auf- und Ausbau des Bildungsstandortes, die Unterstützung von Unternehmern im Rahmen des im Entstehen begriffenen Kompetenzzentrums an der Fachhochschule, das Projekt Zukunft Finanzplatz zeigen auf, dass aktiv an der Zukunft unseres Landes gearbeitet wird.

Das wirtschaftliche Umfeld hat auch die Arbeitslosenzahl in Liechtenstein ansiegen lassen. Die Regierung setzt neue Initiativen, um die Beratung und Vermittlung von Arbeitslosen zu verbessern. Sie wird aber auch Anreize für Betriebe schaffen, damit junge Berufslleute nach der Ausbildung die Chance erhalten, ihren Beruf auch tatsächlich ausüben zu können.

Es versteht sich aber von selbst, dass die Politik nicht alle Probleme lösen kann. Wer das Gegenteil behauptet, der betreibt bewusste Irreführung. Der Staat schafft die Rahmenbedingungen, die Wirtschaft die Arbeitsplätze.

## Politik im internationalen Spannungsfeld

Die Ausrichtung der liechtensteinischen Politik muss die internationalen Rahmenbedingungen im Auge behalten. Die Wirtschaft ist international verflochten, die Entwicklung der Märkte aber auch der internationale Ruf des Wirtschaftsstandortes wirkt sich direkt auf die Situation der Wirtschaft in Liechtenstein und damit auf die Arbeitsplätze aus.

Eine Politik der Besitzstandswahrung wird Schiffbruch erleiden. Die Berücksichtigung internationaler Standards gehört zur Ausrichtung einer verantwortungsvollen Politik.

## EU-Zinsbesteuerung

In Verhandlungen mit der EU über die Zinsbesteuerung wird die Regierung die langfristigen Interessen des Finanzplatzes und somit des Wirtschaftsstandortes vertreten, um zu einem Vertragsabschluss zu kommen, der für beide Verhandlungspartner akzeptabel ist.

Auch, da braucht es den Mut, nein zu einzelnen Vorschlägen zu sagen, wenn dies keine gute Lösung für die Zukunft ist. Nur so kann eine langfristige Sicherung

des Standortes Liechtenstein erreicht werden. In solchen Verhandlungen genügen wohl gemeinte Schlagworte nicht, es bedarf Sachverstand und viel Überzeugungsarbeit zur Umsetzung der wohl überlegten Positionen.

## Finanzpolitik der Regierung auf dem richtigen Weg

Der Budgetentwurf für das Jahr zeigt den von der Regierung eingeschlagenen Weg auf. Die Gesamtausgaben werden etwas zurückgenommen, die Stabilisierung des Aufwandes ist das vordringliche Gebot einer verantwortungsvollen Politik. Gleichzeitig werden Impulse gesetzt, um den Wirtschaftsstandort zu stärken.

Die Regierung gibt auch ein eindeutiges Signal, dass sie die Korrektur des Staatshaushaltes nicht über Steuererhöhungen vornehmen will. Der Staatshaushalt muss den neuen Gegebenheiten angepasst werden, die Aufgabenentflechtung zwischen den zwei Ebenen Staat und Gemeinden muss eindeutiger sein, damit auch die finanzielle Ausstattung der beiden Ebenen sachgerecht vorgenommen werden kann.

Die Regierung wird nebst der Stabilisierung der Ausgaben wegen des starken Einnahmerückganges auch auf Reserven zurückgreifen, im Bewusstsein, dass die Weichenstellung hin zu einem ausgeglichenen Haushalt erste Priorität hat. Eine kurzfristig derart starke Reduktion der Einnahmen kann im Staatshaushalt nicht aufgefangen werden; weil dieser langfristig angelegt ist. Politik und insbesondere Sozialpolitik muss für die Menschen berechenbar sein; Korrekturen müssen schrittweise erfolgen, damit die Menschen sich auf diese einstellen können.

## Politische Umgangskultur ist Frage gegenseitigen Respektes

Regierungspartei wie auch Opposition haben in einem demokratisch organisierten Staat ihre Aufgaben. Kritik dient dazu, Schwächen der Regierungsarbeit aufzudecken. Alternativen können mittels neuer Vorschlägen aufgezeigt werden.

Ich hoffe daher sehr, dass die politische Auseinandersetzung in Zukunft wieder vermehrt in der Sache geführt wird. Dies ist in einem kleinen Land wie Liechtenstein, in dem ein Zusammenwirken in wichtigen Fragen notwendig ist, äusserst wichtig.